

Vom Great Barrier Reef in Australien bis hin zu Machu Picchu in Peru – 218 der 1154 Stätten auf der Unesco-Welterbe-Liste sind Naturlandschaften. Die Welterbe-Konvention, die diese faszinierenden und fragilen Gebiete schützt, wird in diesem Jahr 50 Jahre alt. Doch das ist nicht für jeden ein Grund zum Feiern.

Stephan Dömpke ist Gründer und geschäftsführender Direktor von World Heritage Watch, einem Dachverband internationaler Organisationen, der die politische Entwicklung der Welterbe-Konvention kritisch begleitet. Dömpke kennt viele Fälle, in denen Naturschutz in Konflikt zu den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung steht – und deren Existenz bedroht. Zum Beispiel Tadschikistan. 2007 war Dömpke als Berater für die EU im Hohen Pamir Gebiet unterwegs. Bis heute erinnert er sich an „die furchtbare Armut und die schlimmen Lebensverhältnisse“. In der karglichen Hochgebirgs-Region leben semi-nomadische Hirten aus dem Nachbarland Kirgisistan. Ihre geringen Möglichkeiten der Weide- und Viehwirtschaft wurden weiter eingeschränkt, als das Gebiet 2013 zum Weltkulturerbe erklärt wurde.

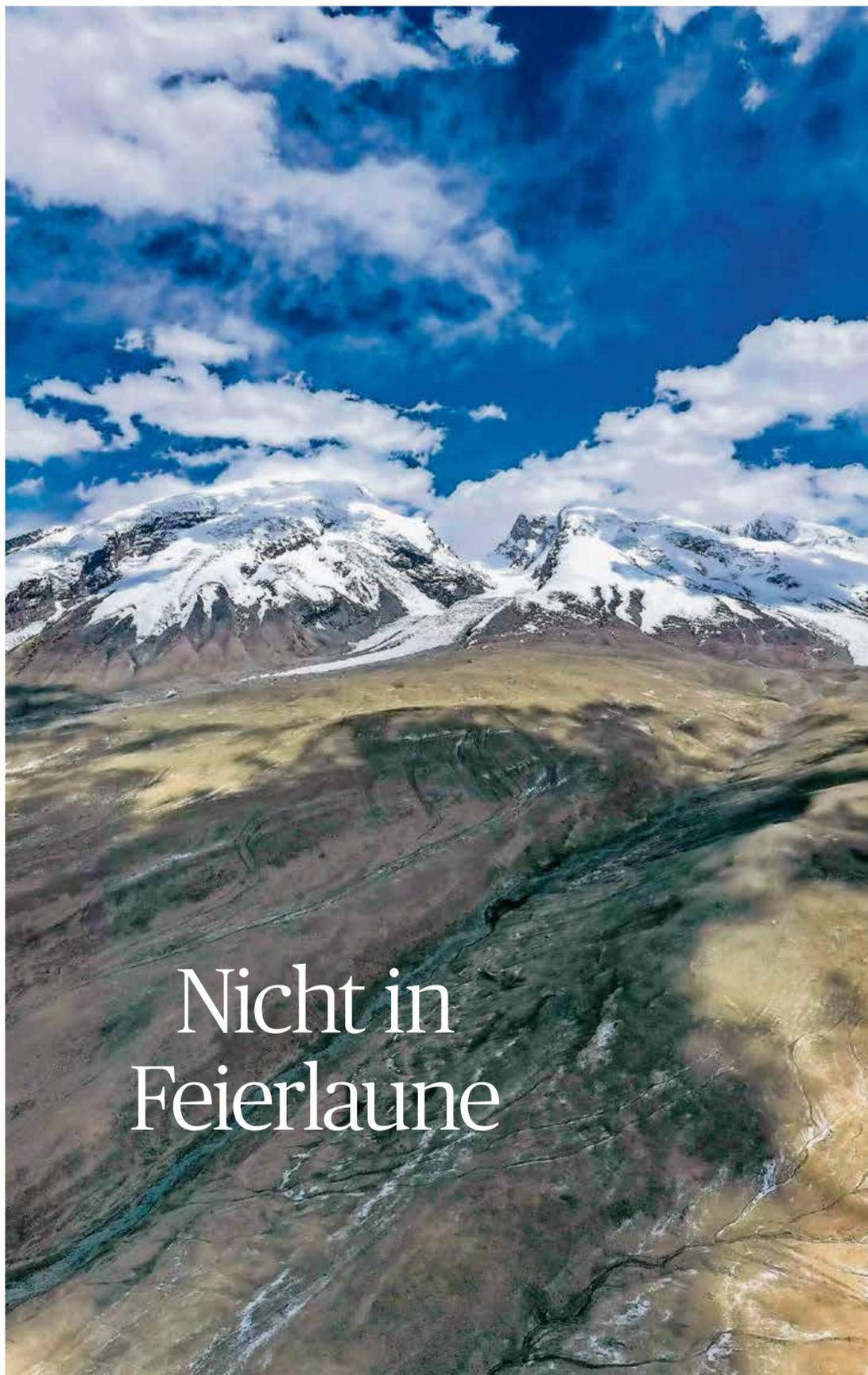
„Die Begutachter-Komitees für die Welterbe-Stätten glauben oft, die betroffenen Gebiete seien menschenleer. Aber das ist natürlich falsch“, so Dömpke. 2015 machte World Heritage Watch in einem Bericht erneut auf die Lage der Menschen am Hohen Pamir aufmerksam. Trotz einiger Gespräche zwischen der lokalen Bevölkerung und Regierungsvertretern sowie dem Engagement lokaler Nichtregierungsorganisationen, die versuchen, alternative Einkommensquellen zu erschließen, hat sich laut Dömpke an der Situation bislang nicht viel geändert.

Dabei ist es nicht immer die Unesco, die mit strengeren Vorschriften zur wachsenden Misere der indigenen Bevölkerung beiträgt. Oft ist die Sachlage komplizierter – nämlich dann, wenn lokale Regierungen den Welterbe-Status als Vorwand für Verbote und Vertreibung nutzen, um eigene Interessen zu verfolgen. Und darunter leiden dann die Menschen vor Ort ganz konkret. Eine von ihnen ist Naserian Taretoi, 70 Jahre alt, geboren im Ngorongoro National Park, einem Kratergebiet am Rande der Serengeti in Tansania – genauso wie ihre Eltern und Großeltern. „Wir lieben dieses Land und haben immer in Einklang mit den Wildtieren und der Natur hier gelebt“, erzählt sie. Deshalb gebe es ja so eine große Artenvielfalt in dem Gebiet. Hier sind vor allem Großwild (Elefanten, Löwen, Leoparden, Büffel und Nashörner) zu sehen. Riesige Gnu- und Zebraherden ziehen während ihrer jährlichen Wanderung über die Steppen. Das alles sei früher kein Problem gewesen, so Naserian. Doch jetzt sei alles anders. Der natürliche Reichtum des Gebietes „wurde zu einer großen Bürde für uns“. Und führte geradewegs in die Armut. Denn obwohl 1959 das Schutzgebiet als sogenannte „Multi Land Use Area“ eingerichtet wurde, in dem der lokalen Bevölkerung – vorwiegend Massai und Semi-Nomaden – unter anderem Weidewirtschaft erlaubt war, wurde diese Entscheidung später revidiert.

1979 wurde der Ngorongoro National Park dann auf die Unesco-Liste des Weltnaturerbes aufgenommen und 1981 als Biosphärenreservat ausgezeichnet. Zusätzlich wurde das Gebiet 2010 zum Weltkulturerbe erhoben. Landwirtschaft ist inzwischen in der Schutzzone verboten. Seit 2016 dürfen auch die Viehherden bestimmte Bereiche nicht mehr durchweiden.

„Mir fehlen die Worte, um unser Elend zu beschreiben“, sagt Naserian. „Wir leben wie Almosen-Empfänger und müssen in umliegenden Gebieten, wo noch gewirtschaftet werden darf, um Nahrung betteln.“ Besonders schlimm sei die prekäre Nahrungssituation für Frauen und Kinder, so Naserian. Sie ist nur eine von vielen indigenen Einwohnern des Ngorongoro, die von der lokalen Nichtregierungsorganisation PINGO im Rahmen einer Feldstudie im Frühjahr

*Vor knapp 50 Jahren wurde die Welterbe-Konvention der Unesco verabschiedet. Doch für die Einwohner jener geschützten Gebiete ist das Jubiläum nicht nur Grund zur Freude – denn ihre Bedürfnisse können mit dem Naturschutz kollidieren. Immer eindringlicher werden Reformen gefordert*



Gilt seit 2013 als Weltkulturerbe: Der Pamir-Nationalpark in Tadschikistan. Doch für die Bewohner des Hochgebirges bringt das auch Probleme mit sich. Ihre Lebensrealität wurde durch den geschützten Status der Region negativ verändert FOTO: PICTURE ALLIANCE

2021 zur Situation vor Ort befragt wurden. Alle berichten von Hunger, Elend und Perspektivlosigkeit.

Aktuell spitzt sich die Lage weiter zu. Es häufen sich Vorwürfe, wonach die Regierung Tansanias plant, Zehntausende Massai zu vertreiben. Offiziell wolle man damit auf die Kritik der Unesco am „angeblich schlechten Zustand“ des Welterbe-Gebietes Ngorongoro reagieren, sagt die Organisation „Rettet den Regenwald“. Doch das Naturschutz-Argument sei nur ein Vorwand. „In Wirklichkeit soll der Tourismus gefördert werden.“

Auch ein Fall aus Thailand sorgte für viel internationale Kritik. Beobachtern zufolge wurde die Volksgruppe der Karen bei der Aufnahme des Waldkomplexes Kaeng Krachan in die Weltkulturerbe-Liste komplett übergangen. Mehrfach hatten sogar UN-Menschenrechtsexperten dem Unesco Weltkulturerbe Komitee angeraten, der thailändischen Forderung nach Naturerbe-Status nicht

nachzugeben. Sie berichteten von besorgniserregenden Menschenrechtsverletzungen und Mord an Aktivisten, die sich gegen Umsiedlung wehrten. Zweimal, 2016 und 2019, hatte die Unesco das thailändische Ansinnen abgelehnt. Doch am 26. Juli 2021 nahm das Welterbe Komitee bei seiner Sitzung in China Kaeng Krachan in seine Liste auf – gegen den Rat der International Union for Conservation of Nature (IUCN), das als Beratergremium weiter große Sorge über den Umgang mit der lokalen Bevölkerung geäußert hatte.

„Wir stellen immer wieder fest, dass die Rechte der indigenen Bevölkerung, so wie sie im internationalen Recht verankert sind, nicht eingehalten werden“, sagt auch Chris Chapman, Experte für indigene Menschenrechte bei Amnesty International. Der „free and prior consent“ der Indigenen bei der Entscheidung über Naturschutzgebiete – ihr Recht auf Anhörung und Zustimmung – werde häufig

**„Wir stellen immer wieder fest, dass die Rechte der indigenen Bevölkerung nicht eingehalten werden“**

übergangen. Dabei sind Aktivisten wie Dömpke und Chapman keineswegs gegen globalen Natur- und Biosphärenschutz. Er müsse nur anders gehandhabt werden. Dazu gehöre, dass die Komitees, die über das Naturerbe entscheiden, regelmäßige Gespräche mit den lokalen Einwohnern vorweisen müssten. Dömpke: „Wenn man will, kann man das alles sehr gut machen.“

Bislang aber gibt es noch zu wenig kritische Stimmen. „Welterbe – das hat ja erstmal ein durchweg positives Image“, weiß Stephan Dömpke von World Heritage Watch, „da denken alle nur, das ist toll und hinterfragen es nicht weiter. Genau hingeschaut, wie die Situation vor Ort wirklich ist, wird selten.“ Und meist sei man da eben in Feierstimmung.

Im Vorfeld des 50. Jahrestages der Welterbe-Konvention hat World Heritage Watch jetzt allerdings einen umfangreichen Forderungskatalog zur Reform dieser Konvention vorgelegt. Neben der Forderung nach Beachtung der Menschenrechte und

der stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft bei den Entscheidungsprozessen, spielt auch der Ruf nach einer „Entpolitisierung“ des Weltkulturerbes eine große Rolle.

Denn laut Dömpke geht es auch bei der Entscheidung um Kulturerbe-Stätten nicht immer nach den Prinzipien der Konvention zu. Diese sieht eigentlich vor, dass aus den Reihen der 21 Mitgliedsstaaten, die jeweils für vier Jahre in dem Unesco-Welterbe-Komitee vertreten sind, keine Vorschläge für ihre eigenen Gebiete eingereicht werden dürfen. Doch auch das wird umgangen. Beispiel Aserbaidschan: 2019 wurde die Altstadt von Shaki in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. Dabei hatte laut Dömpke das Beratergremium Icomos (International Council on Monument and Sites – Internationaler Denkmalrat) festgestellt, dass Shaki den geforderten „outstanding universal value“ – also den außergewöhnlichen Wert, der Voraussetzung für den Titel ist – eigentlich gar nicht besitze. Dömpke: „Wie bei anderen Entscheidungen spielten hier eher politische Interessen eine Rolle.“ Und auch Amnesty-Experte Chapman weist darauf hin, „dass in den Welterbe-Komitees ja nicht unabhängige Experten sitzen, sondern Regierungsvertreter und Diplomaten der jeweiligen Länder.“ Das alles habe fatale Folgen für den Wert des Welterbes insgesamt.

Und so wird auch gefordert, die Liste nicht immer „inflationärer“ werden zu lassen – insbesondere sollten Staaten in Europa, die schon über viele Erbe-Stätten verfügen, weitere Vorschläge für eine Weile aussetzen, zugunsten anderer Gegenden der Welt. Für all das gab es immerhin schon prominente Unterstützung. So kamen mehrere ehemalige hochrangige Unesco-Experten – darunter ehemalige Direktorinnen und Direktoren des Unesco-Welterbezentrums sowie hochrangige ehemalige Mitarbeiter der Beratergremien Icomos und IUCN – zu einem Treffen in Potsdam zusammen, das World Heritage organisierte. Sie zeigten Verständnis für die Forderungen.

Die aktuelle Unesco-Administration in Paris hingegen tut sich mit offiziellen Stellungnahmen zu all diesen Problemen und dem Ruf nach Reform der Konvention noch schwer. Guy Debonnet, Leiter der Unesco Natural Heritage Unit verweist auf Nachfrage immerhin darauf, dass das Welterbe-Komitee bei seiner Sitzung im Juli dieses Jahres auch die schwelenden Konflikte mit den Einwohnern im Ngorongoro Park in Tansania diskutiert habe. Nach seinen Worten ist das Bevölkerungswachstum in der Schutzzone allerdings das größte Problem. So ähnlich hatte es auch schon im Bericht einer Unesco Monitoring Kommission von 2019 gestanden. Danach waren zunehmender Häuser- und Straßenbau die größte Belastung für das Gebiet. Vom Hunger der Bevölkerung war nicht die Rede.

Nichtregierungsorganisationen kritisierten daraufhin „den Mythos des Bevölkerungswachstums“. Vielmehr setze die Regierung in Dodoma auf ein „Aushungern“ der Menschen vor Ort, um sie aus dem Nationalpark zu vertreiben. Denn in Wahrheit gehe es nicht um Naturschutz, sondern um ungehemmten Ausbau des Tourismus. Tatsächlich hätten Nichtregierungsorganisationen auch die Unesco auf derlei Vertreibungen hingewiesen, bestätigt nun Debonnet: „Wir haben aber bei der Regierung in Tansania nachgefragt, und sie hat versichert, das sei nicht der Fall.“

Es komme nun darauf an, die Dialog- und Konsultationsprozesse an den verschiedenen Welterbestätten vor Ort weiter zu verbessern, so wie es auf dem Papier immer schon vorgeschrieben sei. Debonnet: „Unsere Statuten legen den sogenannten »free und prior informed consent« rund um alle neuen Nominierungen für die Welterbe-Liste fest.“

Auch über die übrigen Ergebnisse und Forderungen des Potsdamer Treffens, das World Heritage organisiert hatte, ist man bei der aktuellen Unesco Administration laut Debonnet informiert. Inwieweit all diese Bemühungen um eine Reform der Konvention in die Tat umgesetzt werden, muss sich wohl nun im Laufe dieses Welterbe-Jubiläumjahres zeigen.